



## Detailantworten Fraktionen für den Gemeinderat der Gemeinde Karlsfeld

<b>1. Ist der vom Menschen verursachte Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung, die bei allen politischen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen ist?</b>	
FDP Kreisverband Dachau	Weiß nicht - neutral Ja, der Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung. Es müssen konkrete Maßnahmen getroffen werden. Wir setzen uns für mehr Naturflächen und deren Erhalt und für den Einsatz erneuerbarer Energien im öffentlichen Bereich ein. Alle politischen Entscheidungen (z.B. auch im sozialen Wohnungsbau) davon abhängig zu machen, halten wir aber für nicht umsetzbar.
<b>2. Unsere Partei setzt sich dafür ein, dass der Klimanotstand im Landkreis Dachau ausgerufen wird</b>	
Bündnis 90 / Die Grünen	Ja - stimme zu bei der Abstimmung Antrag „Klimanotstand im Landkreis Dachau“ am 13.12.19 hat die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen einstimmig für die Ausrufung des Klimanotstandes gestimmt
Bündnis für Karlsfeld	Weiß nicht - neutral Die Ausrufung eines rechtlich unverbindlichen Notstands hilft nicht weiter, wenn der Klimaschutz nicht im täglichen Handeln berücksichtigt wird. Wir befürchten, dass die Ausrufung des Klimanotstands nur eine Alibifunktion erfüllt und tatsächliche Auswirkungen ausbleiben.
CSU-Ortsverband Karlsfeld	Nein - stimme nicht zu Wir halten den Klimawandel für eine ernste Bedrohung, von einem Notstand möchten wir aber nicht sprechen. Bei Ereignissen wie: Die Feuersbrunst in Australien oder Wirbelsturmkatastrophen, sollte das Wort "Notstand" verwendet werden.
FDP Kreisverband Dachau	Nein - stimme nicht zu Das Ausrufen des Klimanotstandes ist erst einmal nur eine Kommunikationsmaßnahme und hilft der Umwelt nicht wirklich. Natürlich muss die Umwelt stärker in den Fokus politischer Entscheidungen gerückt werden. Ein "Umwelt-Check" darf aber nicht z.B. einen Bau notwendiger sozialer Einrichtungen wie Kindergärten oder Schulen verhindern.
SPD Ortsverein Karlsfeld	Ja - stimme zu Es ist richtig ganzheitliche Maßnahmen zur Rettung des Klimas einzuleiten (so verstehen wir den Begriff "Klimanotstand"), dabei darf die Demokratie nicht aufgehoben werden (manche denken an die "Notstandsgesetzgebung" am Ende der Weimarer Republik).
<b>3. Der Dachauer Landkreis ist der am stärksten wachsende Landkreis in Bayern. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Stadt/der Landkreis/die Gemeinde beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnimmt?</b>	
FDP Kreisverband Dachau	Ja - stimme zu Ja! Wir setzen uns dafür ein, dass Dachau in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnehmen soll. Auch im Bereich des Klimaschutzes.
<b>4. Treten Sie dafür ein, dass ihre Gemeinde / die Stadt Dachau/der Landkreis bis spätestens 2030 in allen Sektoren klimaneutral wird?</b>	



CSU- Ortsverband Karlsfeld	Ja - stimme zu Soweit sich die geplanten oder möglichen Maßnahmen hierfür bis dahin finanzieren und umsetzen lassen. Die Gemeinde Karlsfeld betreibt seit 2011 ein Biomasseheizkraftwerk (18 MW mit ORC-Stromgewinnung und Fernwärmenetz)
FDP Kreisverband Dachau	keine Angabe Wir sind zwar grundsätzlich dafür, Dachau so schnell wie möglich klimaneutral zu bekommen, lehnen aber drastische Eingriffe in persönliche Freiheiten wie z.B. Fahrverbote ebenso ab wie einen allgemeinen Baustopp für Gewerbe und Industrie.
<b>5. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke in der kommenden Legislaturperiode keine Energie mehr aus konventionellen Energieträgern beziehen und stattdessen erneuerbare Energien, unter anderem Windkraftanlagen, im Landkreis massiv gebaut werden.</b>	
Bündnis für Karlsfeld	Ja - stimme zu Diese Frage ist für die Gemeindewerke in Karlsfeld nur bedingt relevant, da die Gemeindewerke Karlsfeld - anders als die Stadtwerke in der Stadt Dachau - nicht als Stromversorger aktiv ist. Ausbau der Windkraft im Landkreis ja - aber zunächst nur, bis der Landkreis rechnerisch energieautark ist. Als dichtbesiedelter Landkreis können wir nicht überproportional viele Windräder verkraften.
FDP Kreisverband Dachau	Weiß nicht - neutral Wir setzen uns gerne dafür ein. Aktuell stammen 55,6% aus erneuerbaren Energien. Allerdings muss es finanzierbar sein, da die Stadtwerke aktuell Verluste in Millionenhöhe schreiben.
<b>6. Unsere Partei hat das Ziel, alle öffentlichen Gebäude klimaneutral zu gestalten. Als ersten Schritt dazu wollen wir alle geeigneten Flächen an öffentliche Gebäuden in der kommenden Legislaturperiode mit Photovoltaikanlagen ausstatten.</b>	
Bündnis 90 / Die Grünen	Ja - stimme zu im Zusammenwirken von Stadtwerken, Energie-Genossenschaften und Bürger:innen
Bündnis für Karlsfeld	Ja - stimme zu Das ist ein Ziel, das wir seit Jahren verfolgen. Aufgrund unserer Anträge wurden in Karlsfeld die ersten Bürger-Solar-Dächer gebaut und weitere Solardächer/-fassaden sind in Planung. Mittlerweile wird bei allen großen Baumaßnahmen automatisch geprüft, ob Solardächer gebaut oder nachgerüstet werden können.
CSU- Ortsverband Karlsfeld	Ja - stimme zu Soweit sich die geplanten oder möglichen Maßnahmen hierfür bis dahin finanzieren und umsetzen lassen.
FDP Kreisverband Dachau	Ja - stimme zu Dieser Punkt ist Teil des Wahlprogramms des FDP-Ortsverbands Dachau.
<b>7. Unsere Partei setzt sich dafür ein, dass Baugenehmigungen für gewerbliche und private Neubauten nur noch für möglichst klimaneutrale Gebäude mit zukunftsweisenden Heizanlagen (CO<sub>2</sub>-neutral) und ebensolcher Stromversorgung erteilt werden.</b>	
Bündnis für Karlsfeld	Ja - stimme zu Im Prinzip stimmen wir dem Anliegen zu. In Realität ist das aber Wunschdenken. Wir sind an die Genehmigungskriterien des Baurechts gebunden und haben vor allem im Bereich des Bestands, wo nach dem berüchtigten §34 die Baugenehmigung geprüft wird, keine Möglichkeit spezielle Vorgaben zur Klimaneutralität zu machen.



FDP Kreisverband Dachau	Nein - stimme nicht zu Dachau benötigt dringend Gewerbesteuereinnahmen, um u.a. Umweltmaßnahmen und soziale Einrichtungen zu bezahlen. Das würde diesem Vorhaben entgegen stehen. Auch der Wohnungsbau würde weiter erschwert und verteuert. Klimaneutrales Bauen ist wünschenswert und förderungswürdig, darf aber nicht als zwingende Vorschrift gelten.
<b>8. Unsere Partei setzt sich im Sinne des Klimaschutzes gegen eine Nord-Ost-Umfahrung und für den Erhalt des Dachauer Grünzugs ein</b>	
Bündnis 90 / Die Grünen	Ja - stimme zu in der aktuellen Kreistags-Legislatur hat die Fraktion der Grünen bereits Anträge für ein umfassendes Landschaftsschutzgebiet eingebracht und gegen eine Nord-Ost-Umfahrung gestimmt
Bündnis für Karlsfeld	Ja - stimme zu Wir waren unter anderem 2010 entscheidend am Bürgerentscheid in Karlsfeld beteiligt, der bis dato den Bau des Gewerbegebietes am Schleißheimer Kanal verhindert hat.
CSU- Ortsverband Karlsfeld	Nein - stimme nicht zu Auch im Sinne des Klimaschutzes ist eine Nord-Ost-Umfahrung zu befürworten. Selbst klimaneutrale Fahrzeuge sollen auch zukünftig nicht durch die Innenstadt fahren um hier ausreichend Platz für Radwege zu haben.
FDP Kreisverband Dachau	Weiß nicht - neutral Wir benötigen auch Verkehrsprojekte, die den Durchgangsverkehr um die Stadt herum führen. Jedoch wollen wir Blühstreifen und Triftwege fördern und Dächer und Fassaden nach Möglichkeit begrünen.
<b>9. Sind Sie dafür, dass ein maßgeblicher Teil des Verkehrsbudgets vom motorisierten Individualverkehr in Richtung öffentlichen Nahverkehr und nicht-motorisiertem Individualverkehr (z.B. Ausbau und Sicherung von Fahrrad- / Fußwegen) umgeschichtet wird?</b>	
CSU- Ortsverband Karlsfeld	Ja - stimme zu Soweit dies von den Kommunen beeinflusst werden kann, ja. Auch der Ausbau des motorisierten (möglichst klimaneutralen) öffentlichen Personennahverkehrs (Bus, Tram, Bahn, etc.) unterstützen wir. Die CSU hat diesbezüglich einen umfassenden Rahmenantrag eingebracht.
FDP Kreisverband Dachau	Nein - stimme nicht zu Wir sind für ein Gesamtkonzept für alle Verkehrsteilnehmer. ÖPNV, Fahrrad- und Fußwege müssen ausgebaut werden, um eine echte und bessere Alternative zum PKW-Verkehr zu werden und diesen somit zu verringern. Allerdings benötigen wir auch Mittel für ein funktionierendes Parkleitsystem einschließlich Parkhäusern, um den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren.
<b>10. Setzen Sie sich für einen kostenlosen ÖPNV in Stadt- und Landkreis bis spätestens 2025 ein?</b>	
Bündnis 90 / Die Grünen	Nein - stimme nicht zu der massive Ausbau des Angebotes von Bus und S-Bahn, d.h. Schienennetz (Nord-/Süd-Ring), Buslinien, Taktung, Zuglängen, digitale Vernetzung, .. haben kurzfristig (d.h. in den nächsten 5 Jahren) Vorrang vor Preisgestaltung. Das mittelfristige Ziel sind attraktive, einfache Preismodelle wie z.B. das Wiener Modell.
Bündnis für Karlsfeld	Weiß nicht - neutral Für Jugendliche und junge Erwachsene - Ja. Generell - Nein. Der ÖPNV muss aber speziell für Fahrten innerhalb des



	Landkreises billiger werden. Der Preis für eine Hin- und Rückfahrt von Karlsfeld nach Dachau ist mit 6.60 Euro einfach utopisch.
FDP Kreisverband Dachau	Nein - stimme nicht zu Zunächst muss das Angebot qualitativ und quantitativ besser werden. Ein komplett kostenfreies Angebot ist finanziell nicht realistisch.
SPD Ortsverein Karlsfeld	Ja - stimme zu Wir glauben allerdings, dass die Zuverlässigkeit und die Qualität wichtiger ist als die Kostenfreiheit.
<b>11. Sind Sie dafür, dass städtische/gemeindliche Flächen künftig ausschließlich ökologisch bewirtschaftet werden?</b>	
FDP Kreisverband Dachau	Nein - stimme nicht zu Städtische Flächen müssen auch für z.B. sozialen Wohnungsbau genutzt werden.
<b>12. Bäume und Wälder sind als CO<sub>2</sub> Speicher essentiell. Haben Sie eine konkrete Zielsetzung / das Vorhaben Baumbestände zu schützen und weitere Flächen ökologisch wertvoll aufzuforsten?</b>	
Bündnis 90 / Die Grünen	Ja - stimme zu darüber hinaus als Kompensation für Klimaneutralität unerlässlich
Bündnis für Karlsfeld	Ja - stimme zu Wir vom Bündnis für Karlsfeld haben bereits vor vielen Jahren erreicht, dass Ausgleichsflächen für Bauprojekte nun grundsätzlich auch hier in Karlsfeld angelegt werden. Vorher wurden Ausgleichsflächen auch ausserhalb der Gemeinde angelegt, wo Fläche billig zu haben war - aber ohne Nutzen für die Karlsfelder Bürger und ohne Kontrolle, was dort wirklich passiert.
CSU- Ortsverband Karlsfeld	Ja - stimme zu Wird in Karlsfeld z.B. mit dem Zukunftswald bereits umgesetzt. Die CSU-Karlsfeld hat im Jahr 2019 160 Bäume gepflanzt.
FDP Kreisverband Dachau	Ja - stimme zu Wir sind klar für den Erhalt und Ausbau von Erholungsflächen und Wäldern. Ein Beispiel ist eine Erholungsfläche am Holzlagerplatz des MD-Geländes. Die geplante Abholzung von 1.200 Quadratmetern Stadtwald für das neue Eisstadion lehnen wir ab. Das Stadion soll deshalb an einem anderen Standort gebaut werden.
SPD Ortsverein Karlsfeld	Ja - stimme zu Dazu kommt die Möglichkeit der Renaturierung von Mooren, die noch eine größere Klimawirkung.